

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Samstag, 19. Juni 1926.

Nr. 143.

Nun auch noch für neue Steuern!

Zur finanziellen Bedeckung der durch das neue Besoldungsgesetz erforderlichen Mehrausgaben hat die Regierung zwei Steuervorlagen, betreffend die Erhöhung der Zuckersteuer und der Spiritussteuer, im Abgeordnetenhause eingebracht. Diese Vorlagen waren nach der Kongrua als nächster Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gestellt worden, doch bis zum Donnerstag nachmittag hatte die Regierung für sie keine Mehrheit gesichert. Die Frage stand so: wird die tschechisch-deutsche Zoll- und Kongruamehrheit auch diese Belastungsprobe aushalten, beisammenbleiben und dadurch zu einem dauernden politischen Faktor werden, oder wird die alte tschechische Koalitionsmehrheit wiederkehren, das heißt, werden die beiden tschechischen sozialistischen Parteien helfen, die neue alte Koalition zu rekonstruieren. Wird sich überhaupt eine Mehrheit für die neuen Steuern finden? Die in der Zollmajorität stehenden deutschen Parteien, deutsche Agrarier, Christlichsoziale und Gewerbetreibende, sind nach Verhandlungen mit der Regierung zu dem Entschlusse gekommen, für die Steuergesetze zu stimmen! Dadurch sind alle weiteren Liebeswerbungen um die Stimmen der tschechischen sozialistischen Parteien überflüssig geworden, dadurch ist aber auch zum Ausdruck gekommen, daß die Deutschbürgerlichen über Zölle und Kongrua hinaus entschlossen sind, in der Regierungsmehrheit zu verbleiben. Das bedeutet voraussichtlich eine vollständige Veränderung der politischen Gruppierung — ob auch der politischen Verhältnisse, wird erst die Zukunft zeigen. Vorläufig ist nur das zu sehen: daß die deutschen Parteien um jeden Preis auf dem Platze, auf den sie der Zollkampf geführt hat, an der Seite der tschechischbürgerlichen Parteien, auszuharren gedenken, während den tschechischen sozialistischen Parteien der Weg zurück in die Regierungsmehrheit abgeschnitten wird. Es ist auch zu sehen, daß die Tschechischbürgerlichen, die von der „geradezu imposanten“ Disziplin der deutschen Zöllner der Proben genug erhalten haben, von nun an lieber mit den Deutschbürgerlichen, als mit den tschechischen sozialistischen Parteien beisammen bleiben wollen. Damit ist, was immer man über die Deutschbürgerlichen zu sagen hat — und das ist nicht wenig — ein neues Blatt in der politischen Geschichte des Staates aufgeschlagen.

Man kann also mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen, daß bis auf weiteres der Regierung nicht mehr eine rein tschechische, sondern national gemischte Mehrheit der Regierung zur Seite stehen wird. Die Deutschbürgerlichen, vor die Wahl gestellt, in die Opposition zurückzugehen oder dem ersten Schritt auf dem Wege zur Regierungstreue den zweiten folgen zu lassen, haben sich entschlossen, das letztere zu tun. Nicht unwesentlich dürften die Deutschbürgerlichen dabei durch den Umstand beeinflusst worden sein, daß sie während der Kämpfe um Zölle und Kongrua sich durch ihre Vergehen gegen den Geist der parlamentarischen Demokratie derart bemäht haben, daß niemand mehr ihre oppositionellen Tiraden ernst genommen hätte. Die Regierung rechnet nunmehr bestimmt auf ihre weitere Mitarbeit, denn sonst hätte sie es beispielsweise nicht gewagt, am Donnerstag auch noch rasch die Vorlage betreffend die Verlängerung der Gültigkeit der 18monatigen militärischen Dienstzeit dem Abgeordnetenhause zu unterbreiten. Die Verantwortlichkeit der Deutschbürgerlichen bei der Zusammenarbeit mit den tschechischen Machthabern steht für diese nunmehr wohl außer Frage. Sie haben sich als derart „staatsverhaltend“ erwiesen, daß sie in ehehemem Vertrauen der tschechischen Regierung Liebesdienst auf Liebesdienst geleistet, ihr beim Zollgesetz die weitgehendsten Ermächtigungen ausgestellt und sie wiederholt vor einer Niederlage gerettet haben. Nun wer-

den sie ihr auch noch neue Steuern bewilligen und bald dürften sie sogar in den Reihen der patriotischen Dienstpflichtbewilliger einhermarschieren. Mein tschechisches Liebeschen, was willst Du noch mehr?

Der Zusammenschluß des deutschen und tschechischen Bürgertums ist wahrhaftig keine übernatürliche Sache. Es zeigt sich daß — was von den kapitalistischen Klopffechtern immer geleugnet wird — der Klassen Gegensatz stärker ist, als aller nationaler Streit. Die Vertreter der Besitzklassen schließen sich zusammen, das heißt nur, daß Gleiches sich zum Gleichen gesellt. Was die Sozialdemokraten stets vorausgesagt haben: daß die nationalen Fronten einmal von Klassenfronten abgelöst werden, hier beginnt es Wahrheit zu werden. Sozialisten haben keinen Grund, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Das schließt natürlich nicht aus, das Verhalten der deutschen Parteien unter die Lupe zu nehmen. Diese Parteien verfolgen doch nicht bloß wirtschaftliche Ziele, sondern auch politische und nationale und die Bewilligung neuer Steuern ist sicher nicht als eine durch die wirtschaftlichen Interessen der Wählerschaft einer dieser Parteien begründete Angelegenheit anzusehen. Sie stellen der Regierung zur Durchführung ihrer Steuerwünsche die Stimmen zur Verfügung — es gibt keinen Bevölkerungssteil, der einen Vorteil davon hätte. Erhöhung der Zuckersteuer und der Spiritussteuer: beide treffen hart die Bevölkerung. Hier verjagt auch das Argument, dieser Liebesdienst an die Regierung wäre notwendig, weil durch ihren Sturz Zölle und Kongrua gefährdet werden würden, eine Behauptung, mit der die deutschen Parteien während der Zollverhandlungen herumhauften. Und doch rühmen sich geradezu die Deutschbürgerlichen ihrer plötzlich erwachten Steuerbewilligungsfreudigkeit. Sie sagen, sie hätten ebenso für Zölle und Kongrua gestimmt, der Regierung wiederholt aus Verlegenheiten hinausgeholfen und sie würden auch für die neuen Steuern stimmen, um endlich einmal das verderbliche System der tschechischen Koalition zu brechen, oder richtiger: seine Wiederkehr zu verhindern. Sie möchten also glauben machen, ihr Vorgehen sei im nationalen Interesse der deutschen Bevölkerung gelegen, woraus eben zu ersehen sei, daß nur der deutschbürgerliche Aktivismus die Deutschen an das ersehnte Ziel zu führen imstande war. Wörtlich schrieb es gestern das Hauptblatt der deutschen Christlichsozialen: „Das ist der große Erfolg der Nationalpolitik der deutschen Aktivisten, daß es jetzt keine tschechische Koalition, keine tschechische Mehrheit, keine tschechische Diktatur gibt.“ Wirklich?

Nun, wie drückt sich denn der „große Erfolg“ der Herren Aktivisten und die Beseitigung der tschechischen Diktatur in Tatsachen aus? Ist das System, das die Deutschen bald acht Jahre zu spüren bekommen, wirklich beseitigt? Ziehen wir die faktische Bilanz: Lebensmittelzölle, Pflanzengesteuer, neue Steuern, Strangulierung oppositioneller Anträge, Mißbrauch der Polizeiordnung, die sich Geschäftsordnung nennt, wiederholte Errettung der tschechischen Beamtenregierung aus Lebensgefahr — wo aber sind die tschechischen Gegenleistungen für diese „geradezu imposante“ aktivistische Opferfreudigkeit? Werden sie vorläufig geheim gehalten, nur den Arguren der tschechisch-deutschen Mehrheit bekannt? Glaubt jemand im Ernste, Dr. Kramar, der Protektor des tschechischen Faschismus, werde, so lange er in der Mehrheit mitzusprechen, irgendeinem wertvolleren Zugeständnis an die Deutschen zustimmen? Einzelne tschechische Blätter mutmaßen, die deutschen Aktivisten hätten für die Zucker- und Spiritussteuer die Wiedererrichtung von 250 deutschen Schulen zugestanden bekommen. Das sind unsinnige Phantasien. Man kennt die Deutschbürgerlichen schlecht, wenn man glaubt, daß sie sich nur um einen höheren Kaufpreis prostituieren, sie machen das auch umsonst. Es genügt ihnen als Lohn schon der Schein eines Rechtes, im Staate mitregieren zu können. Die-

sen haben sie errungen, mehr freilich nicht! Sie behaupten, das tschechische Koalitionssystem zerschmettert zu haben. Wird jetzt etwa anders regiert, als unter der allnationalen Koalition? Nicht die Spur! Das Parlament wird von der neuen Mehrheit genau so zu einem Formalismus, zur Abstimmungsmaschine herabgewürdigt, wie es unter der alten geschah. Zwei tschechische Parteien sind ausgeschlossen, die Deutschbürgerlichen dafür hineingeschlüpft; das ist die einzige Veränderung, das System aber ist unverändert aufrecht geblieben! Früher haben die deutschen Aktivisten tausend Rüttschwürde geleistet, einem Ruf in die Regierung nur zu folgen; wenn den Deutschen vorher eine Reihe von Zugeständnissen gemacht werden; jetzt verzichten sie sogar auf den Platz in der Regierung und leisten — ohne jede nennenswerte Entlohnung — dem tschechischen Herrschaftssystem bereitwillig die unjaubersten Lateindienste!

Die Staatsangestelltenvorlagen angenommen.

Dauer Sitzung bis 6 Uhr früh. — Die deutschen Regierungsparteien stimmen alle unsere Anträge nieder und kürzen die Autonomie der Selbstverwaltungskörper und die Lehrereparität. — Lobhuchtsanfall der Gewerbepartei.

Prag, 18. Juni. In einer Dauer Sitzung, die bis morgens 6 Uhr dauerte, nahm das Haus die Beamtenvorlagen mit kleinen Abänderungsanträgen, die man der Mehrheit gnädigst bewilligt hatte, an. Wieder suchten die deutschen Landbändler und auch die Christlichsozialen ihre Regierungsfähigkeit dadurch zu beweisen, daß sie gehorsam mit der Mehrheit durch Die und Dün gingen. Kein einziger der vielen, sachlich einwandfrei begründeten und nicht etwa als Obstruktionsanträge zu wertenden Abänderungsanträge, die unsere Partei zu den Gesetzen stellte, fand Gnade vor ihren Augen; sie kümmern sich also auch um das Wohl der deutschen Staatsangestellten nicht einen Deut, wenn sie dem tschechischen Bürgertum einen Gefallen erweisen können.

Besonders empörend war ihr Verhalten dem Autonomieparagrafen (§ 212) gegenüber, der bekanntlich den Selbstverwaltungskörpern im weitesten Sinn verbietet, die eigenen Angelegenheiten besser zu besorgen als die Staatsbeamten. Hier kam es auf die deutschen Stimmen an, die entscheidend waren; sie hätten das Attentat auf die Angestellten der Gemeinden und Städte, Sozialversicherungsinstitute und Krankenkassen verhindern können, aber sie nahmen auch diese schwere Schuld auf sich. Ebenso verhielten sie sich bei der Lehrereparität, die ebenfalls durch die deutschen Stimmen in den vernichtet wurde. Werden die Petrosenen ihnen den gebührenden Dank hierfür erweisen?

Außer einem Lobhuchtsanfall der tschechischen Gewerbepartei wegen einer abgelehnten Resolution verließ die dreistündige Abstimmung ziemlich ungestört. Nur gegen das Ende zu machte sich die durchwachte Nacht in erhöhter Geiztheit geltend. Die deutschen Staatsangestellten, insbesondere haben alle Ursache, diesen „Schwarzen Freitag“ zu verwünschen, mit ihm zugleich aber auch alle jene Parteien, welche für das Gesetz stimmten!

Die Spezialdebatte über die Gehaltsvorlagen war um halb 2 Uhr nachts beendet. Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Sitzung zwecks einer Beratung des Präsidiums über den Abstimmungsvorgang. Vorher verwehrt sich Pil (tsch. Soz. dem.) noch energisch gegen eine eventuelle Anwendung des § 57, wie dies bei der Zollabstimmung der Fall war.

Gegen halb 3 Uhr künden Glockenzeichen den Wiederbeginn der Sitzung an. Das Haus ist dicht besetzt, trotzdem läßt der Vorsitzende noch ungebührlich lange auf sich warten. Inzwischen stecken die Referenten auf der Rednertribüne eifrig die Köpfe zusammen, da anscheinend noch immer einige Unstimmigkeiten herrschen. Als auch Dr. Kramar diesen Beratungen zugezogen wird, brechen unsere Genossen in empörende Rufe aus: „Im offenen Haus wird noch gepackelt“, „Kramar kontrolliert.“

Endlich erscheint Vizepräsident Slavicek kurz vor 2 Uhr und eröffnet die Sitzung. Von Ministern sind anwesend Dr. Engliš und Štěrbový; später erscheint auch der Ministerpräsident. Slavicek erläutert nun ausführlich den Abstimmungsvorgang. Es geht daraus hervor, daß das

Der große Erfolg soll sein, daß es keine tschechische Mehrheit mehr gibt? Die Regierung und die tschechischen Parteien werden das ohne Beträubnis hinnehmen, da sie sehen, daß sich nichts geändert hat und die Deutschbürgerlichen selbstlos bis zur Aberrheit ihnen nicht zur Hölle und Steuern bewilligen, sondern ihnen auch helfen, das altgewohnte Anebelungs- und Unterdrückungssystem in vollem Glanze zu konfervieren.

Dafür also haben sich die Deutschbürgerlichen entschlossen, nun auch noch für die neuen Steuern zu stimmen. Zuerst Pländerung der Bevölkerung für die Taschen der Großagrarien und Pflansen, jetzt auch noch Schröpfung für die tschechische Regierung! Dem „großen Erfolg“ dieser Art von Nationalpolitik der deutschen Aktivisten wird das Strafgericht der betrogenen und verratenen deutschen Wähler rechtzeitig folgen! W. N.

Präsidium diesmal doch nicht den § 57 anzuwenden wagt, sondern über alle Wänderungsanträge abstimmen läßt. Als Slavicek dann um ungeteilte Aufmerksamkeit bei der komplizierten Abstimmung bittet, macht ihr Genosse Czech zutreffend darauf aufmerksam, daß es angezeigt wäre, die Abstimmung in die Tagesstunden zu verlegen.

Es beginnt nun die Abstimmung über die Staatsangestelltenvorlage,

einzelu über jeden Paragrafen und die dazu gestellten Abänderungsanträge. Die Gruppierung des Hauses ist fast immer dieselbe. Für die Ausschussfassung und für die Ablehnung aller von der Opposition gestellten Abänderungsanträge stimmen geschlossen eine Mehrheit, die sich aus den tschechischen Agrariern, Merkmalen, Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Gewerbeparteilern, Nationaldemokraten und der slowakischen Volkspartei zusammensetzt. Natürlich sind auch die deutschen Landbändler und Christlichsozialen in dieser Mehrheit, mit der sie einmütig sämtliche von unseren Genossen gestellten Abänderungsanträge ablehnen.

Gegen das Gesetz in der Ausschussfassung stimmen äußere unsere Genossen die Kommunisten, sowie die deutschen Nationalparteilern und Nationalsozialisten.

Immerhin wurden zwischen der alten Koalition einige Abänderungsanträge vereinbart, die auch angenommen wurden. Diese Abänderungen geben wir an anderer Stelle wieder. Die Abstimmung geht im allgemeinen ruhig vor sich, nur gelegentlich werden Empörungsrufe der Opposition laut, wenn wieder ein wohl begründeter Abänderungsantrag wiedergestimmt wurde. Bei einem Abänderungsantrag zum § 148, der Begünstigungen für die in die Slowakei entsendeten Angestellten enthält, werden zum erstenmal die Stimmen gezählt und der Abänderungsantrag des slowakischen Nationalsozialisten Krusovsky mit 149 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

Hier ist wieder die alte Zollmehrheit einträchtig beisammen, während der tschechisch-sozialistische Block mit der Opposition stimmt.

Diese Gruppierung wiederholt sich nunmehr öfters und führt meist zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den tschechischen Sozialisten und den Bürgerlichen.

Ein harter Kampf entspiant sich um den sogenannten Autonomieparagrafen 212.

Dieser besagt, daß die Dienstbezüge und Rechtsansprüche der Angestellten der öffentlich-rechtlichen Korporationen und Anstalten, das bei den Staatsangestellten gleichwertiger Kategorien durch diese Vorlage bestimmte Ausmaß nicht überschreiten dürfen.

Mit anderen Worten, sämtliche Gemeinden, Städte, Bezirksvertretungen, alle Sozialversicherungsinstitute, Krankenkassen, Sandestamm... dürfen ihre Angestellten nicht höher entlohnen, als Staatsbeamte in gleicher Stellung. Unsere Fraktion hatte gemeinsam mit den Kommunisten eine Forderung dieses Paragrafen in dem Sinne beantragt, daß die Angestellten der Selbstverwaltungskörper

mindestens ebenso wie alle... Staatsanwaltschaft behandelt werden sollten.

Die tschechischen Sozialdemokraten haben ebenfalls zu diesen Paragrafen eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht...

Damit ist ein wichtiges Stück der ohnedies fargen Autonomie der Selbstverwaltungsförderung unter tätiger Mithilfe der deutschen Landbändler und Klerikale...

Gegen 1/5 Uhr früh ist die erste der drei Gehaltsvorlagen erledigt. Es werden weiters 13 Resolutionen des sozialpolitischen Ausschusses angenommen...

Wutausbruch der tschechischen Gewerbetreiber,

der fast in ein Hande Menge ausartet und das Haus für eine Viertelstunde in lebhafter Bewegung bringt. Die Gewerbetreiber hatten eine Resolution eingebracht...

Daraufhin geht ein fürchterlicher Kravall bei den Gewerbetreibern los, während die Opposition lacht und ironisch Beifall klatscht.

Besonders der Gewerbetreiber Rajman zeichnet sich aus und beschuldigt heftig schreiend den Vorsitzenden der Parteilichkeit...

Der frühere Minister Mloch ruft: „Das ist eine Gemeinheit, das werdet Ihr zu büßen haben.“

Nur mit Mühe wird er von einigen besonnenen Parteigenossen gebändigt. Rajman läuft zum Präsidenten und redet, heftig gestikulierend...

Als sich die Gewerbetreiber noch immer nicht beruhigen wollen, geht Spamel zu ihren Bänken und tröstet. Die Opposition bricht daraufhin in ein Höllengelächter aus...

Bei den folgenden Abstimmungen trohen die Herren und stimmen nicht mit; schließlich verlassen sie, von der Opposition mit heftigen Zurufen begleitet...

Lehrergehaltsvorlage

geht die Erregung noch fort und legt sich erst allmählich.

Hier kommt es gleich bei den ersten Paragraphen zu Kampfabstimmungen zwischen dem sozialistischen Block und dem Bürgerblock...

Nur einmal scheinen sich die Landbändler zu irren und stimmen für einen Änderungsantrag des Genossen Taub...

Die Abstimmung über die Lehrervorlage geht so bis halb 6 Uhr weiter. Die Abgeordneten sind schließlich abgespannt und erschöpft...

Dann wird auch die Vorlage bezüglich der Distriktsärzte genehmigt.

Nach halb 6 Uhr morgens kommen noch trotz der allgemeinen Erschöpfung eine ganze Reihe von Dringlichkeitsanträgen zur Abstimmung...

Am 6 Uhr morgens ist endlich die Sitzung zu Ende.

Unerwartet ruhige Kongruadebatte.

Der nationalsozialistische Entwürfs „Kurm“ ausgeblieben. — Dafür eine theologische Fakultät für die tschechische Nationalkirche.

Prag, 18. Juni. Das Galeriepublikum kam heute wieder nicht auf seine Rechnung, da angelegte Sensationen gewöhnlich ausbleiben. Die Kongrua stand auf der Tagesordnung...

Politisch ungleich wichtiger war ein weiterer Fortschritt unserer Klerikale und Landbändler auf dem Wege zur „Verständigungs“-Politik. Sie haben heute im Budgetausschuss offen mit den tschechischen Bürgerlichen für die Bedekungsvorlagen...

Damit sind die Anrisse der tschechischen Innenpolitik für die nächste Zeit wohl genügend deutlich geworden. Wir haben, wie schon oft wiederholt, diese reinliche Scheidung nach Klasseninteressen...

Landbändler und Klerikale bekennen Farbe.

Sie stimmen auch bei den Bedekungsvorlagen im Ausschuss mit den tschechischen Bürgerlichen. — 21 Millionen zur „Sanierung“ der Deutschen Agrarbank!

Prag, 18. Juni. Der Budgetausschuss feierte heute vormittag bei Anwesenheit des Finanzministers die Generaldebatte über die Zudersteuer.

Genosse Dietl wies darauf hin, daß jede Erhöhung der Zudersteuer schon im alten Österreich große Kämpfe ausgelöst habe. Unser Parlament hat bisher wenigstens darauf geachtet...

Kreibich (Komm.) erklärt, es sei auffallend, daß beide Steuervorlagen aus politischen Gründen als ein Bestandteil des politischen Ruhhandels erledigt werden.

Genosse Taub vermahnt sich zunächst gegen die Art, wie die parlamentarischen Verhandlungen in der letzten Zeit geführt werden...

Der Finanzminister versucht hierauf vergebens die Vorwürfe des Genossen Taub mit dem Hinweis zu entkräften, daß rechtlich die Vorlage keine Einnahmen an einen bestimmten Zweck gebunden seien.

lediglich, daß diese Umorientierung weniger auf die Aktivität der tschechischen sozialistischen Parteien, als auf das unbedrückte Zugreifen agrarischer und klerikaler deutscher Hände zurückzuführen ist.

Schade aber auch, daß am Anfang dieser Entwicklung, die unsere „deutschen Volksgenossen“ von gestern gehen, schon eine nicht ganz saubere Geschichte von einem 21 Millionen-Betrag steht...

Der Eierkatz, den Herr Englis und der Präsident dieses Fonds, Herr Sektionschef Blasak, daraufhin im Budgetausschuss aufführten, entbehrt neben seiner komischen nicht auch der ernstesten Seite.

Zu Beginn der Sitzung, die sich bis nach 3 Uhr hinauszog, leitete Genosse Stanek aus Eger, der Nachfolger Hillebrands, die Angelobung. Bei Eingang in die Tagesordnung, die Kongrua vorlag, wurde zunächst ein Veräußerungsantrag abgelehnt.

In der Debatte sprach nach Papek und einem Agrarier der tschechische Nationalsozialist Spatny, von deutschen Rednern Koberg (Nat.-Part.) und der Christlichsoziale Luscha.

Hierauf wurde die Debatte unterbrochen. Als erster Redner in der morgigen Sitzung, die um 9 Uhr früh beginnt, kommt Genosse Schwiehart zu Worte.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Genossen Taub, auf Uebergang zur Tagesordnung, bekannten sich die deutschen Sozialparteien schon klar dazu...

Für den Antrag stimmten nur die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten sowie die Kommunisten.

Genosse Taub vermahnt sich zunächst gegen die Art, wie die parlamentarischen Verhandlungen in der letzten Zeit geführt werden...

Genosse Taub vermahnt sich zunächst gegen die Art, wie die parlamentarischen Verhandlungen in der letzten Zeit geführt werden...

Genosse Taub vermahnt sich zunächst gegen die Art, wie die parlamentarischen Verhandlungen in der letzten Zeit geführt werden...

21 Millionen für die Agrarbank.

Der tschechische Sozialdemokrat Kemeš fragte sodann den Finanzminister, ob ihm etwas darüber bekannt sei, daß in diesen Tagen der „Deutschen Agrarbank“ mit außergewöhnlicher Beschleunigung 21 Millionen aus dem Sanierungsfonds ausbezahlt worden seien.

sen 21 Millionen los sei. Namentlich Genosse Taub vermahnt sich gegen die Methode, bei unangenehmen Aufträgen des Budgetausschusses einfach das „Amtsgeheimnis“ vorzuschütten.

Hierauf erklärt Blasak endlich, daß außer der Aufteilung des Sanierungsfonds nach den Beschlüssen des Kuratoriums der „Deutschen Agrarbank“ aus dem Fonds nichts ausgezahlt worden sei.

Es besteht nach diesen gewundenen Erklärungen wohl kein Zweifel darüber, daß der „Deutschen Agrarbank“, einer Hauptstütze unserer Landbändler, unter höchst verdächtigen Umständen in diesen Tagen 21 Millionen Kronen ausbezahlt wurden.

Jahreshauptversammlung der Interparlamentarischen Union.

Gestern nachmittag fand im Rudolfinum die Plenarversammlung der Interparlamentarischen Union unter dem Vorsitz des Senators Brabec statt.

Das rote Wien mar'chiert.

Wien, 18. Juni. (Eigenbericht.) Die Demonstration, die die Wiener Arbeiter heute als Protest gegen die geplante Verkürzung der Arbeitslosen und gegen den Vorbruch der Regierung veranstalteten, hatten einen riesigen Umfang.

Die Erregung der Massen kam namentlich beim Parlament zum Ausbruch, wo ununterbrochen Rufe nach dem Rücktritt der wortbrüchigen Regierung laut wurden.

Herriot lehnt ab.

Paris, 18. Juni. (Tsch. B. B.) In der heute Vormittag unter dem Vorsitz Herriots abgehaltenen Fraktionsitzung der radikalsten Partei wurde von allen Anwesenden, mit Ausnahme des Abgeordneten Franklin-Bouillon eine Entschließung gebilligt...

Polnisch-litauischer Grenzzwischenfall.

Warschau, 18. Juni. (Tsch. B. B.) Die Warsauer Blätter bringen Nachrichten von einem ersten polnisch-litauischen Grenzzwischenfall. In der Nähe von Kontynia im Bezirk Swieniany haben nämlich die litauischen Grenzposten die Grenzsteine einen Kilometer tief auf das polnische Gebiet verlegt.

Neue Vorschläge der englischen Grubenbesitzer.

London, 18. Juni. (Tsch. B. B.) Die Grubenbesitzer beschließen, den Bergarbeitern neue Vorschläge auf Grund der achtstündigen Arbeitszeit, welche innerhalb vierzehn Tagen gesetzlich kodifiziert werden wird, vorzulegen.

Senat.

Die deutschen Regierungsmameluden stimmen auch hier alle Anträge der Opposition nieder!

Gestern Nachmittag hielt der Senat eine Sitzung ab, die von kurzer Dauer war. Der Ausschussbericht über den Handelsvertrag mit Japan wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen und der Vertrag in erster Lesung angenommen. Auch bei dem Bericht betreffend das Genfer Übereinkommen wegen der Vereinheitlichung der Zollformalitäten gab es keine Debatte und die Vereinbarung wurde genehmigt. Hierauf wurden in zweiter Lesung der Handelsvertrag mit Belgien-Luxemburg und der Handelsvertrag mit Spanien angenommen.

Zum Schluß der Sitzung brachte Präsident Klossak vier von den deutschen sozialdemokratischen Senatoren Dr. Heller, Niehner und Polach eingebrachte Anträge zur Abstimmung. Zwei Anträge (Dr. Heller und Niehner) betrafen die letzten zwei großen Prager Zolldemonstrationen und das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten. In beiden Anträgen wurde verlangt, es möge in dieser Sitzung der Ministerpräsident erscheinen, nur über diese Vorgänge Bericht zu erstatten.

Die Deutschbürgerlichen, die nun schon ganz auf blinde Parteien eingestellt sind, stimmten in beiden Fällen mit den tschechisch-bürgerlichen Parteien. Die Ausbürgerungsdeutschlichen, die alle Ursache haben, mit der Handhabung des Polizeinüssels zufrieden zu sein, halfen somit Schulter an Schulter mit den tschechischen Parteien eine Aussprache über die beiden blutigen Vorfälle zu verhindern.

Ebenso mameludenhaft verhielten sie sich, als der Antrag des Genossen Polach zur Abstimmung kam, der verlangte, der Minister des Innern möge in der nächsten Sitzung sich rechtfertigen, warum die Regierung einige Matteotti-Feiern durch die Behörde verboten ließ. Die tschechisch-deutsche Abstimmungsmaschine funktionierte wie gewöhnt, der Antrag wurde abgelehnt. Deutschbürgerliche Mannen regen sich nicht auf, wenn die Polizei Gedenkfeiern für ein Opfer des Faschismus verbietet.

Eine stürmische Szene gab es beim letzten Antrag Dr. Heller, nach welchem der Senat den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Bodenamtes auffordern sollte, sich in einer der nächsten drei Sitzungen des Senats einzufinden und Auskünfte über die bisherige Tätigkeit des Bodenamtes zu erteilen. Jahre hindurch haben deutsche Agrarier und deutsche Christlichsoziale über die Wirtschaft im Bodenauf sich entrüstet und über die Korruption, die dort getrieben wird, Klage geführt. Jetzt nach Zerstückelung der alten Koalitionsmehrheit wäre Gelegenheit gewesen, die Regierung zu zwingen, Rede und Antwort zu stehen, aber der Geist des Mameludentums hat die deutschen Parteien bereits derart erfüllt, daß auch dieser Antrag bei ihnen keine Gnade fand. Sie stimmten dagegen und bewiesen damit, daß ihnen die neuerwachte Liebe zur tschechischen Regierung der Sorge für eine Ausmüftung des Bodenamtes vorangeht. Unsere Genossen überschütteten die feilen Regierungsknechte mit heftigen Zwischenrufen.

Die nächste Sitzung findet Montag, um 3 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung steht die Zollvorlage.

Verbandstag der Krankenkassen.

Heute tritt in Falkenau die Tagung des Verbandes der deutschen Krankenkassen in der tschechoslowakischen Republik zusammen. Hatten früher mitten im Kampfe um die Geschwörung der Sozialversicherung solche Tagungen wichtige prinzipielle Beschlüsse zu fassen, so gilt der diesmalige Verbandstag mehr der organisatorischen Arbeit, welche die Durchführung des am 1. Juli 1926 in Kraft tretenden Gesetzes erfordert.

Das Gesetz über die Sozialversicherung ist nicht so angefallen, wie wir es gewollt haben. Wir haben dafür gekämpft, daß die Autonomie der Krankenkassen, der die stolze Entwicklung des Krankenkassenwesens bei uns zu danken ist, vollkommen aufrecht erhalten bleibe, weil so den Interessen der Versicherten am besten gedient ist. Die Ueberwälzung des Staatgebührens hierzulande, — auch in den Kreisen der tschechischen Arbeiterschaft — hat es jedoch zuwege gebracht, daß nicht die Versicherten selbst, sondern die Organe der Staatsverwaltung immer mehr der entscheidende Faktor in der Krankenkassenversicherung wird. Eine nicht minder große Gefahr liegt aber darin, daß das Krankenkassenversicherungswesen in das Stadium der Vorkriegszeit zurückgeschraubt wird. Da die Versicherungsbeiträge von nun an nicht mehr als fünf Prozent des Durchschnittslohnes betragen dürfen, werden wir es auch mit einer Verschlechterung der Leistungen der Krankenkassenversicherungsanstalten zu tun bekommen. Wenn die Kassen weniger einnehmen, können sie naturgemäß auch weniger ausgeben.

Aber auch unter den in der nächsten Zeit ungünstigen Umständen müssen wir unbestreitbar weiterarbeiten, um den Versicherten die wertvollen Leistungen der Krankenkassen der Nachkriegszeit, vor allem die Durchführung der systematischen Heilbehandlung, zu erhalten. Wir müssen alle Anschläge der Feinde der Krankenkassenversicherung zurück-

Das Hochwasser.

Elbe und Moldau sinken.

Prag, 18. Juni. Nach heute früh von den verschiedenen Wassermessungsstationen in Böhmen eingelangten Meldungen weisen alle Gewässer ein fortgeschreitendes Sinken auf. Die Elbe erreichte in Písek den Höchststand von 478 Zentimeter über dem Normale und sinkt seitdem. Auffsig und Teichsen werden ungefähr heute abends die Maxima von 600, bezw. 580 Ztm. erreichen. Darauf wird auch dort die Elbe zu sinken beginnen und man erwartet bis morgen früh in diesen beiden Orten einen um 5 Zentimeter niedrigeren Stand.

Prag hat heute um 7 Uhr einen Wasserstand von 156 Ztm., Karolinental 430 Ztm. gegen den gestrigen Stand von 184, bezw. 506 ausgewiesen. Bis Nachmittag erwartet man ein Sinken der Moldau in Prag auf 148 und in Karolinental auf 410. Die Veraun, welche einen großen Einfluß auf den Wasserstand der Moldau in der Umgebung Prags übt, ist heute früh auf 218 Ztm. gestiegen, doch wird auch bei ihr ein Sinken erwartet.

In Sachjen steigt die Elbe weiter.

Dresden, 18. Juni. Das Hochwasser der Elbe hat heute vormittags einen Stand von 333 Ztm. über Null erreicht. Der Strom flutet in imposanter Breite durch sämtliche Bogen der Augustusbrücke. In den Fluten der Weisker ist am Mittwoch eine Frau ertrunken. Nach einem gestrigen abends über Dresden niedergegangenen Gewitter sind in der Nacht erneut Niederschläge eingetreten, so daß für heute abends mit einem

weisen. In dieser Hinsicht wird unser Kampf in der nächsten Zeit vor allem gegen die Agrarier gerichtet sein, welche durch Erziehung landwirtschaftlicher Krankenkassen die Leistungen für einen großen Teil der Versicherten herabsenken wollen.

Außerdem wird die Arbeit des Verbandstages noch darin bestehen, daß sich die Funktionäre unserer Klassen über die verwaltungstechnische Durchführung der Sozialversicherung, die Vorbereitung der Wahlen in die Krankenkassenversicherungsanstalten und in die Zentralsozialversicherungsanstalt einig werden.

Nicht vergessen wollen wir, daß der Verbandstag in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges zusammentritt, was eine Gefahr für die Entwicklung der Krankenkassenversicherung in der allernächsten Zeit bedeutet. Es gilt deshalb alle Kräfte der Funktionäre unserer Klassen zusammenzufassen, um sowohl dieser augenblicklichen Gefahr, die aus der schleichenden Wirtschaftskrise hervorgeht, als auch den Tücken, welche den Versicherten aus den Bestimmungen des neuen Gesetzes drohen, zu begegnen. Im Interesse der Kranken Menschheit müssen wir so über alle Hindernisse hinweg. So können wir einer neuerlichen Aufwärtsentwicklung des Krankenkassenversicherungswesens den Weg ebnen.

In diesem Sinne wünschen wir unseren in Falkenau versammelten Vertrauensmännern den besten Erfolg bei ihren schwierigen, aber im Interesse der Arbeiterschaft gelegenen Beratungen!

Vor dem Volksentscheid,

Dienstag Bekanntgabe des Ergebnisses.

Berlin, 18. Juni. (Tsch. B. B.) Die vorläufigen Ergebnisse des Volksentscheides dürften nach zuverlässigen Mitteilungen an die Presse Sonntag abends vermutlich halb 11 Uhr abends einlangen und spätestens um 1 Uhr abgeschlossen sein. Am Montag werden dann noch Berichtigungen einlangen, so daß am Dienstag das vorläufige Ergebnis bekanntgegeben werden kann. Nun tritt das Wahlprüfungsverfahren ein, dessen Arbeit mindestens zwei Monate in Anspruch nehmen wird. Mitte August tritt das Wahlprüfungsgericht zusammen. In diesem sind die großen Reichstagsfraktionen vertreten. Das endgültige Resultat wird vom Reichsminister des Innern im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben. Sollte daraufhin eine Reichstagsauflösung in Frage kommen, so wäre aus äußeren Gründen (Ernte) der August nicht zu einer neuen Wahl geeignet, für welche frühestens die zweite Hälfte des September in Frage käme. Die Kosten für den Volksentscheid trägt das Reich. Auch den Gemeinden werden von den Auslagen vier Fünftel erstattet. Vom Reichstag sind vorläufig dafür 3,7 Millionen Reichsmark angefordert und bewilligt; die Kosten dürfen etwas darunter bleiben.

Neue Revolution in Portugal.

General Costa an der Macht.

Lissabon, 18. Juni. (Habas.) Ueber Lissabon wurde der Ausnahmezustand verhängt. Sämtliche Ministerien sind von revolutionären Truppen besetzt. Der Ministerpräsident hat sich entschlossen, seine Macht in die Hände des Kriegsministers General Costa zu legen. Auch der Finanzminister ist zurückgetreten, er wird vom General Sines Gordez ersetzt. Das Ministerium des Innern übernimmt Oberst Canaça. Minister des Innern, Finanzminister und Außenminister bilden ein Triumvirat. Die übrigen Departements werden von Unterstaatssekretären geleitet werden. General Costa zog gestern um 20 Uhr begeistert begrüßt auf den Hauptplatz Lissabons, wo er erklärte, daß die neue Bewegung einen rein republikanischen Charakter trage.

Der Halenkreuzlerterror an der Brüner deutschen Technik.

Brünn, 18. Juni. Infolge des unvermindert andauernden Terrors der hiesigen Halenkreuzlerstudenten mußte der Rektor gestern die Sperre der Hochschule verfügen. Inzwischen haben sich aber die erhitzten Köpfe etwas abgekühlt, so daß heute mittag der Unterrichtsbetrieb wieder im vollen Umfange aufgenommen werden konnte.

Die sozialistischen Studenten wenden sich in einer scharfen Kundgebung gegen das unverantwortliche Benehmen der deutschvölkischen Minderheit an der Technik.

Verfolgung von Eisenbahnern wegen Teilnahme an den Prager Demonstrationen.

Die der „28. Aiken“ berichtet, haben die Eisenbahnbehörden eine Untersuchung darüber eingeleitet, inwiefern sich Eisenbahner an den freitägigen kommunistischen Demonstrationen in Prag beteiligt haben, indem sie vom Viadukt beim Wilsonbahnhof auf die Volksteine und Eisenstücke geworfen hatten. Als Ergebnis der Untersuchung sollen 15 provisorisch angestellte Eisenbahner entlassen worden sein und 20 Definitive mußten die Dienstkleider abliefern. Außerdem beabsichtigt die Staatsanwaltschaft gegen die betreffenden das Verfahren wegen öffentlicher Gewalttätigkeit einzuleiten.

Zum Selbstmord des Infanteristen Johann Schachner.

Zu den Nachrichten über die Selbstmordursachen des Infanteristen Johann Schachner, welcher sich in Budweis von einem Eisenbahnzuge überfahren ließ, konstatiert das Ministerium für nationale Verteidigung: Am Großteil der Zeitungsartikel über den Fall wurde der Brief behandelt, welchen Schachner vor seinem Selbstmord der Redaktion einer Zeitung einsandte. Dieser Brief enthält eine Reihe von Unwahrheiten und unrichtiger Angaben. Die amtliche Untersuchung der Angelegenheit hat folgendes Resultat gezeigt: Infanterist Schachner hat seinen Präsenzdienst am 1. Oktober 1925 angetreten und wurde in die 1. Eskadron des Reiterregimentes 9 eingereicht. Bereits bei seiner Präsentierung wurde bei ihm eine chronische Geschlechtskrankheit festgestellt. Er wurde daher zur Leistung übergeben und wurde bis Ende Jänner l. J. in verschiedenen Spitälern behandelt. Hierauf wurde er bei der Superabittierung für Hilfsdienste klassifiziert und verfaß dann verschiedene Hilfsdienste, zuletzt als Kellner in der Offiziersmesse. Verstraft wurde er während seiner militärischen Dienstleistung überhaupt nicht, obgleich sein Verhalten nicht musterhaft war. Er wurde lediglich zweimal beim Rapporten ermahnt, und es entspricht nicht den Tatsachen, daß ihm mit einer 2tägigen Arreststrafe gedroht wurde. Von irgend einer Schikanierung, deren er seinen Eskadronskommandanten Oberleutnant Tejnor beschuldigt, kann nicht die Rede sein: im Gegenteil weist alles darauf hin, daß seine Vorgesetzten seinem Betragen gegenüber sehr nachsichtig waren. Am 18. Mai l. J. wurde Infanterist Schachner neuerlich zur Behandlung ins Divisionshospital 4 nach Josefstadt abgeschickt. Er fuhr jedoch nicht ins Spital, sondern defektierte und fuhr zu seinen Eltern nach Budweis. Aus den Protokollen seiner militärischen Kameraden geht hervor, daß Schachner wegen seiner Krankheit lebensüberdrüssig und unglücklich war und daß er sich bereits vor einiger Zeit geküßert hat, er würde sich am liebsten erschießen, wenn er das Geld für einen Revolver hätte.

Die Reichsgesundheitswoche in Prag (Vorbild-

derberichte im anatomischen Institut). Sonntag, 19. Juni: 7 Uhr: Prof. Dr. Fibram: Volks- und Schulmedizin. Prof. Dr. Starkenstein: Die gelungene wir zu neuen Arzneimitteln. Doz. Dr. Albert Tridbiago. In der Urania findet nachmittags 3 Uhr die Sonder-Kulturvorstellung „Die weiße Zeuche“ mit Vortrag Doz. Dr. Dumba statt. — 5 Uhr: Urania-Führung in die Landesfindelanstalt Prof. Dr. Fischl. 6 Uhr: Urania-Radiovortrag Prof. Dr. Jaksch-Wartenhorst über die Reichsgesundheitswoche 1926.

Ein Irrenkranke erschlägt den andern.

In der Landesirrenanstalt in Czernowitz, die fast immer bedrohlich überfüllt ist, spielte sich dieser Tage folgender tragischer Vorfall ab: In der Zelle 17 der Abteilung der Tobsüchtigen und Unruhigen wurde am 4. Juni der neue Pflegefling Karl Svoboda untergebracht. Da es keine freie Zelle mehr gab, mußte er diese mit einem zweiten Pflegefling namens J. Tomola teilen. Die beiden Unglücklichen benahmen sich anfänglich sehr ruhig und keinerlei Anzeichen sprachen dafür, daß sich im Laufe der Nacht in der Zelle eine Tragödie abspielen sollte. Gegen Morgen begann Svoboda plötzlich zu toben. Dies brachte seinen Zellenkameraden derart auf, daß er sich auf Svoboda stürzte, ihn zu Boden warf und ihm schwere Verletzungen am Kopfe beibrachte. Die auf den Arm herbeileitenden Wärter trennten den wütenden Tomola von seinem Opfer. Der schwerverletzte Svoboda wurde sofort verbunden und in die Landesirrenanstalt nach Brünn übergeführt, wo an ihm sofort eine Operation vorgenommen werden mußte. Es war jedoch bereits zu spät. Svoboda ist dieser Tage im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Neuer Pfeifentabak.

Die Tabakregie wird in den nächsten Tagen eine bessere Sorte Pfeifentabak unter der Bezeichnung „Faborit“ in den Handel geben. Der Preis steht noch nicht fest.

Höchststand der Elbe von etwa 4 Metern am Dresdner Pegel zu rechnen ist.

Der Rabenauer Grund und Teile des Briesnitzer Grundes auf der Dresdner Heide sind unpassierbar und gesperrt.

Forst in der Lausitz, 18. Juni. (Wolff.) Sowohl die Reisse als auch der durch die Stadt gehende Mühlgraben sind aus den Ufern getreten. Durch einen Dammbreach entstand Hochwassergefahr für die Stadt. Gärten und Straßen in den Vororten stehen unter Wasser. Die Einwohnerschaft wurde in der Nacht durch Feuereingänge alarmiert und aufgefordert, niedrig gelegene Wohnungen zu räumen.

Der Spreewald unter Wasser.

Berlin, 18. Juni. Der Spreewald steht vollständig unter Wasser. Der Schaden ist unübersehbar. Das Wasser dringt in die Häuser ein.

Ueberschwemmung in Warschau.

Warschau, 18. Juni. Ueber der Hauptstadt und Umgebung wütete gestern ein starker Sturm, verbunden mit Hagelschlag, der große Verwüstungen anrichtete. In der Umgebung von Warschau sind alle Feldfrüchte und Saaten vernichtet. In der Stadt selbst wurden einige Straßen in den Vorstädten überschwemmt. Das Militärsflugfeld in Molotow steht unter Wasser. Der Straßenbahnverkehr mußte einige Stunden lang unterbrochen werden. Das Wasser überschwemmte ferner die Munitionsfabrik Pociot. Auch die Ortschaft Rembertow bei Warschau wurde überschwemmt.

Tages-Neuigkeiten.

Wie Kriegsinvaliden behandelt werden!

Folgender Fall diene wieder einmal dazu, die Behandlung Kriegsinvaliden durch die zuständigen Fürsorgestellen zu beleuchten.

Der Kriegsinvalid Julius Stolz aus Duzber als fünfzigprozentig erwerbsunfähig anerkannt, tatsächlich aber vollkommen arbeitsunfähig und daher nur auf die monatliche Invalidenpension von 112 Kronen angewiesen ist, richtete an die zuständigen Fürsorgestellen ein Gesuch um Aufnahme in eine Erholungsanstalt. In Theresienstadt, wo man ihn daraufhin untersuchte, erhielt er aber den Bescheid, daß seine Krankheit vom Arzte seines Wohnortes behandelt werden könne. Dieser Arzt jedoch erklärte, daß Stolz nicht gesund werden könne, wenn er nicht in eine Heilanstalt komme. Jetzt erst ordnete das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag die Behandlung im Prager Allgemeinen Krankenhaus an. Stolz reiste nach Prag. Hier wartete er von 8 Uhr früh bis mittag im Spital, um dann endlich dieweisung zu erhalten, er möge am nächsten Tage wiederkommen. Auf die Einwände des Invaliden, daß er doch hierher überwiesen sei und in Prag nicht übernachten könne, weil er kein Geld habe, erwiderte man ihm nur, der Spitalportier wisse, wo billige Nachtquartiere zu haben sind. Ohne Essen und Unterkunft schleppte sich der Kranke nun durch die Straßen der Stadt, wurde am Bahnhof, wo er die Nacht zubringen wollte, weggewiesen und mußte nun im Freien den Morgen abwarten. Hungrig und siedernd kam er früh wieder zum Spital, wo man ihm eine Tasse schwarzen Kaffee reichte, ihn dann von Abteilung zu Abteilung schickte und schließlich mittags erklärte, er könne nicht aufgenommen werden, weil kein Platz frei ist.

Es ist einfach unerhört, einen kranken Invaliden so zu behandeln und wir protestieren mit allem Nachdruck gegen die Vorgangsweise vor allem des Landesamtes für Kriegsbeschädigtenfürsorge, das doch Ueberweisungen an Krankenhäuser nur nach eingeholter Zustimmung der Leitung der betreffenden Anstalt vornehmen darf. Und auch dafür hätte das Amt zu sorgen, daß die nach Prag überwiesenen Invaliden aufgenommen und gepflegt werden, damit sie nicht Tag und Nacht hungern und frieren in den Straßen der Großstadt herumirren müssen. Ueberdies gehören erholungsbedürftige Invaliden nicht ins Krankenhaus, sondern in eine Erholungsstätte. Der Fall des Invaliden Stolz zeigt, wie wenig Verantwortungsbewußtsein im Invalidenamt herrscht, wir hoffen aber, daß diese Kritik die notwendige Wandlung herbeiführen wird. Des Falles Stolz werden wir uns annehmen und versuchen, dem Geschädigten zu seinem Rechte zu verhelfen.

Ein Alter, einst Verfolgter dahingegangen.

Genosse Eduard Jaksch in Franzenthal bei Benzen, der während des großen Textilarbeiterstreikes im Bolzentale im Jahre 1884 schon als selbstbewußter Sozialist wirkte, ist Freitag früh gestorben. Damals wurde er von der Arbeiterkolonie Josefswille von einem Zug Infanterie weggeholt, nach Benzen und von hier nach Prag geschickt. Genosse Jaksch ist bis zu seinem Tode der sozialistischen Idee treu ergeben geblieben und es sinkt mit ihm einer jener Parteigenossen ins Grab, die um ihrer Idee willen vom Staate verfolgt wurden und für den sozialistischen Gedanken leiden mußten. Würden heute Leiden so leicht auf sich genommen und würde aller Verfolgung und allem Widerstande der Rebellen Trotz entgegengesetzt, stände es um den Sozialismus besser. Das Andenken Ed. Jakschs wird in der Arbeiterschaft nicht erlöschen und stets als leuchtendes Beispiel vor uns stehen.

Die Staatslosigkeit in den Nachfolgestaaten.
Die deutsche Völkerverbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit: Das Generalsekretariat der Völkerverbundliga versendet soden den Entwurf eines Antrages zur Bekämpfung der Staatslosigkeit auf dem Gebiete der Nachfolgestaaten der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Der Entwurf fordert die beteiligten Staaten auf, die Konvention von Rom vom 6. April 1922 endlich zu ratifizieren und sie durch Aufnahme einer Reihe von neuen Bestimmungen zu ergänzen. Wenn ein Staatenloser von zwei Staaten mit seinem Gesuch um Anerkennung seiner Staatsbürgerschaft abgewiesen wird und die beiden Staaten sich nicht einigen können, kann der Staat, der das Ansuchen als weiter abgewiesen hat, binnen sechs Wochen die in dem Abkommen von Rom vorgesehene Kommission anrufen, die den Fall binnen längstens drei Monaten zu entscheiden hat. Ergreift der betreffende Staat nicht binnen vier Wochen die Initiative, kann es der Staatenlose selbst tun. Auf diese Weise soll das Problem der Staatslosigkeit binnen kurzer Zeit zur Lösung gelangen.

Eine furchtbare Familientragödie spielte sich dieser Tage in der Nähe von Arhanitz an der Sozawa ab. Die Gattin eines Prager Baumeisters ging in Begleitung ihrer Kinder, ihrem Mann zur Bahn entgegen. Um einen Umweg über die Brücke zu vermeiden, löste die Frau einen Kahn vom Ufer und ruderte ans andere Ufer. In der Mitte der Sozawa, die schon Samstag beträchtliches Hochwasser führte, geriet das Boot in starke Strömung und wurde gegen einen Damm in der Nähe einer Fabrik getrieben. Dort stieß der Kahn an und kippte um. Die Frau und die beiden Kinder verschwanden unter den Wellen. Einige Arbeiter, die herbeigeeilt waren, konnten nur noch die Frau retten, während die Kinder ertranken. Als die Frau zur Besinnung kam und bemerkte, daß nur sie allein gerettet worden war, riß sie sich aus den Händen ihrer Retter los und stürzte sich ins Wasser. Als ihre Leiche von Arbeitern nach wenigen Minuten aus dem Wasser gezogen wurde, kam der schrecklich erwartete Gatte und mußte Zeuge des furchtbaren Dramas sein. Die Leichen der zwei Kinder wurden erst am nächsten Tag aus dem Wasser gezogen.

Lebendig verbrannt. Die Frau des Schusters Tudel in Znamim war damit beschäftigt, auf einem Spirituskocher das Nachtmahl vorzubereiten und wollte ein Gefäß vom Kocher wegziehen, als plötzlich der Kocher selbst ins Wanken geriet und der brennende Spiritus sich über die Kleider der Frau ergoß. Im selben Augenblick stand die Unglückliche auch schon in Flammen und trotz der Bemühungen der auf ihre pekuniären Hilfsmittelenden Hausbewohner, die sie veranlassen wollten, sich auf den Boden zu werfen, um die Flammen zu ersticken, eilte die Frau vom Schrecken getrieben und von Schmerzen gepeinigt auf den Gang, wo durch den stärkeren Luftzug die Flammen natürlich nur noch mehr angefaßt wurden. Als es endlich gelang, die Flammen zu ersticken, hatte sie bereits schwere Brandwunden erlitten. Nach Abklingen, schwerem Leiden verschied sie. Weniger die Brandverletzung, als die durch den Schrecken verursachte schwere Herzaffektion hat ihren Tod herbeigeführt.

Tödlicher Sturz vom Mülleschauer. Sonntag vormittags stürzte von der 80 Meter hohen, am Südhange des Donnerberg - geklungen steilen Felswand der als Chauffeur in Trebnitz beschäftigte Kowarsch aus 70 Meter Höhe ab. Der Verunglückte war mit noch zwei Männern aus Raich bereits zeitig früh über Tschentschitz zur Felswand gewandert, wo sie angeblich auf den Fong der dort jochlos nistenden Fohlen ausgingen. Durch den Absturz wurden dem Unglücklichen der Kopf vollständig zerrummert und alle Glieder gebrochen. Kowarsch war auf der Stelle tot.

18 Todesopfer einer Bahnkatastrophe. Auf der Linie der Pennsylvanischen Eisenbahn ist 50 Meilen östlich von Pittsburg ein Schnellzug in die Schluhwoagen eines vorausfahrenden Schnellzuges gerannt. So weit Meldungen bis jetzt vorliegen, dürften 18 Personen getötet und sehr viele Personen verwundet worden sein.

Die falschen Dinarscheine. In Luzemburg verhaftete die Polizei einen Erben, der bei einer Bank in Diederhofen zwei falsche 1000-Dinarscheine gegen französisches Geld gewechselt hatte. Die Scheine hatte er nach seinen Angaben von einem Landmann erhalten, dem er von dem Erlös 400 Francs als Abfindung gab.

Ein Todesurteil. Vor dem Hamburger Schwurgericht wurde gestern der 25jährige Monteur Wilhelm Diekmann wegen des am 26. Jänner d. J. an der Bankbeamten-Gattin Frieda Litz in Hamburg begangenen Mordes zum Tode verurteilt. Der an dem Mord beteiligte Vater des Mörders, der 51 Jahre alte Ingenieur Diekmann, erhielt 15 Jahre Zuchthaus.

Ein Ballon auf die Straße gestürzt. In Neapel stürzte ein Ballon von der vierten Etage, auf dem sich der Kapitän Padovani, ein bekannter sozialistischer Organisator, und mehrere seiner Freunde aufhielten, plötzlich auf die Straße hinab. Padovani und sieben seiner Freunde starben schon auf dem Transport ins Krankenhaus, die übrigen sind schwer verletzt.

Eine Stadt im Konkurs. Die Stadt Glaschütte in Sachsen, der Hauptsitz der deutschen Präzisionsuhrindustrie, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die auf das Stillliegen von vier Fünfteln aller dortigen Betriebe und eine ebenso hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind. Der Stadt soll ein dreijähriger Zahlungsanspruch bewilligt werden.

Opfer eines betrunkenen Chauffeurs wurden in der Nacht zum Donnerstag in Charlottenburg

mehrere Arbeiter, die mit Straßenausbesserung beschäftigt waren. Der Chauffeur fuhr in die Arbeitskolonne und dann gegen einen Bretterzaun. Der eine Arbeiter geriet unter den Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Ein anderer Arbeiter mußte schwer verletzt ins Krankenhaus überführt werden. Die Insassen des

Von den Gespenstern der Syphilis getrieben, zur Mörderin ihres Kindes geworden.

Vor dem Schwurgericht in Graz ging in dieser Woche die Verhandlung in einem Mordprozeß zu Ende, über dessen Vorgeschichte wir seinerzeit berichteten und der ein so beispiellos tragisches Schicksal entrollte, daß wir glauben, auch unseren Lesern darüber ausführlicher berichten zu müssen:

Vor den Geschworenen stand eine ledige Mutter, die, von seelischer und materieller Not getrieben, zur Mörderin ihres Kindes wurde. Der Vater des Kindes war Syphilitiker und nahm ein fürchterliches Ende im Irrenhaus. Das Kind hatte von dem Vater die höllische Krankheit geerbt und seine Mutter, die Jüngin von dem gräßlichen Tode des paralytischen Vaters war, konnte das unheimliche Gespenst der Furcht, ihr geliebtes Mädchen sei für das gleich schauerliche Los bestimmt, nicht mehr los werden. So lebte sie sich, durch äußere Umstände noch befeuert, immer tiefer in die fixe Idee hinein, die kleine Sieglinde wachte nur für die Tobjelle einer Irrenanstalt heran. Immer mehr nahmen die grausamen Gespenster der Syphilis die Gedanken dieser Mutter gefangen, bis sie, von allen Furien der Furcht gehebt, immer das Bild des verankerten, tobenden tierischer Umnachtung anheimgelassenen Vaters vor dem wirren Auge, ihrer selbst nicht mehr Herr, das Mädchen, um es vor dem grauenhaften Schicksal ihres Erzeugers zu retten, ermordete.

Die Anklage wirft der 36jährigen unbescholtenen Kindergärtnerin Christine Kapol aus Glanzhofen bei Klagenfurt vor, daß sie erstens am 28. April heuer ihr zwölf Jahre altes außerordentliches Mädchen Sieglinde durch 12 Morphiumpillen zu ermorden versuchte, was nicht gelang und daß sie zweitens einige Tage später, am 5. Mai, dieses Kind von der Kaimauer der hölzernen Murrbrücke in Granwein in die Murr stieß, so daß die Kleine ertrank.

Das ist die Syphilis!

Die Angeklagte macht einen überaus günstigen Eindruck. Die Gespensterfurcht hat ihr sichtbar die Nerven zerrüttet, so daß sie wahrscheinlich an der Grenze der Zurechnungslosigkeit stand, als sie das entsetzliche Verbrechen beging. Ohne Pathos, ohne Umschweife erzählt sie ihr Schicksal, schildert sie ihre Tat; resigniert wie eine, die nicht mehr um ihr Leben ringt, sondern nur um die richtige Würdigung ihrer Handlung. Ruhig gibt sie auf alle Fragen Antwort, befähigt nichts und redet scheinbar unbesonnen und mit Logik. Um ihre Richter zu erweichen, ruft sie keine Tränen zu Hilfe, die sind verdorrt in der weigglühenden Qual. Was sie von der Furcht um das Schicksal ihrer Kinder erzählt, ist einfach, schmerzlos und eben deshalb so erschütternd, denn aus allem klingt unbewußt der Entsetzensschrei, die Anklage, die Verzweiflung und die Warnung an die Menschheit: Das ist die Syphilis!

Vorj. OGR. Dr. Reumann: Bekennen Sie sich schuldig?

Angekl.: Ja.

Vorj.: Erzählen Sie nun alles. Wo war das Kind zuletzt?

Angekl.: Im Anna-Kinderhospital.

Vorj.: Warum?

Angekl.: Weil es vom Vater die Syphilis geerbt hatte. Das Kind hat auch immer gebeten, es aus dem Spital zu mir zu nehmen und gesagt: Alle Kinder dürfen wieder fort, nur ich nicht und ich bin doch schon ein halbes Jahr hier...

Vorj.: Wie ist es dem Kinde gegangen?

Angekl.: Es hat immer gemurmelt und das tat mir so schrecklich leid, so daß ich es auch aus dem Spital nahm, obwohl ich keine Existenz hatte.

Vorj.: Zu was für Entschlüssen sind Sie gekommen?

Angekl.: Das Kind sagte immer, daß es lieber sterben wolle, als von mir weg zu sein. Da habe ich versucht, alle möglichen Stellungen zu erlangen, habe aber kein Glück gehabt. Das arme kranke Kind wurde nirgends geduldet. Ich will gern mein ganzes Leben im Kerker sein und gern jede Strafe ertragen, nur mein Kind, das eine so furchtbare Krankheit hatte, wollte ich nicht im Unglück wissen. Und so habe ich beschloffen, mit dem Häscher zu sterben. Ich wußte, eine Heilung meines Kindes ist unmöglich. Ich habe nämlich die Krankenschwester im Kinderhospital gebeten, sie möge mir doch über das Kind die Wahrheit sagen. Darauf hat mir die Schwester geantwortet, es ist leider keine Aussicht, daß dieses Kind jemals gesund wird.

Vorj.: Die Schwester behauptet, daß sie das nicht gesagt habe.

Angekl.: O, doch! — Dann habe ich mir von Dr. Strohmayer ein Rezept auf Morphiumpillen verschreiben lassen und sechs Pillen gekauft.

Vorj.: Wofür?

Angekl.: Damit ich mit dem Kinde sterben kann! Am 23. April habe ich mir noch sechs Pillen gekauft. Und da ich kein Geld hatte, meinte ich dafür eingeseht. Ich bin dann in den Gasthof „Zum Schwan“ gegangen und habe dem Kinde sechs von den Morphiumpillen gegeben.

Vorj.: Wozu?

Angekl.: Ich habe geglaubt, daß das Kind daran

sterben wird. Das war aber nicht der Fall. Ich bin dann eine Stunde verzweifelt herumgegangen. Nach meiner Heimkehr habe ich mit dem Kinde „Schwarzpeterl“ gespielt und Sieglinde plauderte fröhlich weiter, da ich ihm noch einmal sechs Morphiumpillen gegeben. Weiter erzählt die Angeklagte, sie habe am nächsten Tag bei der Bezirkshauptmannschaft einen Bezugsschein auf Arsenik verlangt.

Vorj.: Wozu?

Angekl.: Ich wollte mich und das Kind aus der Welt schaffen. Ich habe aber keinen Schein bekommen. Dann habe ich bei der bekannten Frau Pusterhofer einen Revolver gesehen und ihn kaufen wollen, um mich und mein Mädchen zu erschießen. Ihr Mann hat mir aber den Revolver nicht gegeben.

Vorj.: Was war dann am 5. Mai?

Angekl.: Ich habe mich um eine Stelle als Hilfsarbeiterin umgesehen, aber auch da kein Glück gehabt, denn es hat mich überall verfolgt und nichts ist mir gelungen. Hier-her bin ich nach Hause gegangen und habe dem Kinde, das mich schon oft gebeten hat, mit ihm zu gehen, gesagt:

„Komm, jetzt gehen wir Hissen!“

Ich habe bis zum letzten Augenblick immer noch gehofft, daß es einen Ausweg geben wird, aber alles war hoffnungslos. Um 8 Uhr sind wir zur Murr gekommen; es war gerade Hochwasser. Ich war schon so verzweifelt und hab dem Kinde einen Schupfer gegeben, daß es ins Wasser stürzte. Es ist gleich in den Wellen verschwunden.

Vorj.: Was haben Sie nach der Tat gemacht?

Angekl.: Ich bin auf der Wiese neben der Murr herumgelaufen, dann bin ich nach Hause gegangen, habe nach einer Weile gesagt, ich geh die Sieglinde holen und bin zur Polizeidirektion nach Graz gegangen, wo ich alles genau erzählte.

Vorj.: Sie hätten das Kind ja im Spital lassen können. Die Murr war doch noch nicht beendet.

Angekl.: Das Kind war schon in vielen Spitalern nur immer ein Versuchslinchen. Auch im Kinderhospital war es schon sechs Monate und ich wußte, daß es durch die Malariaimpfungen furchtbare Qualen leiden muß. Es hat sich verzweifelt nach mir geseht.

Vorj.: Drückend war Ihre Notlage doch nicht. Sie haben noch 58 Schilling gehabt.

Angekl.: Ja, die habe ich für meine Mandoline erhalten. Aber das hätte doch nur für einige Tage gelangt.

Vorj.: Von wem haben Sie das Kind?

Angekl.: Ich hatte es von dem Bergbeamten Blasi aus der Bukowina. Er starb einen fürchterlichen Tod an Paralyse im Irrenhaus und ich war überzeugt, daß auch das Kind dasselbe gräßliche Schicksal erleiden wird. Weiters erzählt die Angeklagte, daß das Mädchen in einem Kloster war. Dort habe die Schwester Oberin gesagt, das Kind sei erzeffiv. Es müsse von normalen Kindern weg und in eine Siechenanstalt kommen. Das wäre für mich zu fürchtbar gewesen. Auch im Mariatroster Waisenhaus hat das Kind solche Stöße aufgeführt. Es ist mit einem Holzseil auf andere Kinder losgegangen und ich habe gefürchtet, es sei schon verrückt.

Der Assistent des Kinderhospitals Dr. Bratusch erklärt, das Kind sei erblich leuzisch belastet gewesen, habe sich aber ganz normal aufgeführt und im Spital wohlgefühlt. Bei konsequenter Behandlung ist Aussicht auf Heilung vorhanden gewesen. Er habe das der Mutter auch gesagt. Diese habe aber erklärt, sie glaube es nicht, die Schwester habe ihr erklärt, das Kind sei eine Irrenhauslandbinde.

Auch die gerichtsarztlichen Sachverständigen Dr. Michel, Dr. Lorenzoni und Dr. Schwarzacher erklären, daß das Kind heilbar gewesen sei. Die Angeklagte wird von den Sachverständigen als hysterisch und sehr nervös bezeichnet.

Die Zeugen bestätigen, daß die Angeklagte immer wieder Aeußerungen der Hoffnungslosigkeit wegen des Zustandes ihres Kindes gemacht habe. Außerdem habe sie stets gemurmelt, sie wisse nicht, wie sie es forbringen soll, da sie in allem nur Unglück habe. Allen Zeugen gegenüber schilderte sie die Fürchterlichkeit der Syphilis ihres Kindes. Die Dienstgeber, bei denen die Angeklagte als Erzieherin angestellt war, stellten ihr ein geradezu glänzendes Zeugnis aus. Die Angeklagte habe wohl immer den Eindruck einer nervösen, desperaten Frau gemacht, die sich oft äußerte, Selbstmord zu begehen und dabei ihr Kind mitzunehmen. Alle erklären übereinstimmend, daß die Kleine ihre Mutter grenzenlos liebte, ein Zeichen, daß auch die Mutter mit dem unglücklichen Kind gut war.

Die Angeklagte hielt sich bis zum Schluß ruhig, doch merkte man ihr an, daß ihr das nur mit Anspannung aller Kräfte möglich war.

Das Urteil.

Die Geschworenen fällten folgenden Wahrspruch: Erste Frage, lautend auf versuchten Mord durch Verabreichung der Morphiumpillen, 7 Ja, 5 Nein; zweite Frage, lautend auf Mord durch Hineinstoßen

Die Angeklagte wurde daher vom Versuch freigesprochen, wegen des Mordes jedoch zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Volkswirtschaft.

Die internationale finanzielle Unterstützung bei Arbeitskonflikten.

Die russischen Unterstützungsgelder für die englischen Arbeiter.

Die britische Regierung, die über ihr Verhalten vor und nach dem Generalstreik wenig Schmeicheles hört, sucht durch allerlei Epitheta die Arbeiterbewegung in Miskredit zu bringen und die Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen des Kohlenkonfliktes abzulenken. Zuerst wurde da und dort inoffiziell und halbamtlich das Thema der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften angeschnitten und versucht, den Generalstreik als eine Art Komplott gegen die Verfassung darzustellen. Der zweite Schachzug ist nun eine Note der britischen Regierung an Moskau, in der der Sowjetregierung vorgeworfen wird, daß sie während des Streikes die Uebersendung von Unterstützungsgeldern nach England zuließ.

Daß es die Regierungen und Kapitalisten der verschiedenen Länder als durchaus selbstverständlich betrachten, wenn sie einander offen und geheim unterstützen — und zwar zu wirklich politischen Zwecken — braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Daß die britische Regierung mit ihren an den Haaren herbeigezogenen Ablenkungsmanövern kein Glück hat, zeigt ein Kommentar des „Manchester Guardian“ vom 11. ds., in dem es u. a. heißt: „Es mag begreiflich sein, aber es ist nicht klug, wenn man annimmt, daß alles, was aus Rußland kommt, ohne weiteres unfauler ist. Wenn zur Unterstützung des Generalstreikes oder der Bergarbeiter Geld aus Rußland geschickt worden ist, so liegen einem solchen Akt die gleichen beschrieblichen Prinzipien zugrunde, wie wenn es sich um Geld aus Frankreich oder der Schweiz handeln würde. Es kann unter Umständen durchaus in Ordnung oder wenigstens entschuldbar sein, Geld anzunehmen, auch wenn die Motive des Gebers unfauler sind. Kein vernünftiger Mensch kann es den Bergleuten verübeln, wenn sie Geld nehmen, wo sie es erhalten können, vorausgesetzt, daß keine Bedingungen daran geknüpft werden. Sie wären Narren, wenn sie es zurückweisen würden. Andererseits könnte nichts unfauler sein, als wenn die russische Regierung während eines Arbeitskonfliktes eine der beiden Parteien unterstützt und sich so in die Angelegenheiten eines fremden Staates mischt.“

Wenn Herbert Smith, der Präsident der Britischen Bergarbeiter-Föderation, im Zusammenhang mit der Frage der russischen Unterstützungsgelder sagt: „Ich bin kein Revolutionär und ich glaube nicht an die Revolution; wir haben das Geld genommen, weil es von Arbeitern kommt und zur Unterstützung der Bergarbeiter und nicht zur Polshewisierung Englands dienen soll“, so dürften die Bergarbeiter den Grundbägen des „Manchester Guardian“ zufolge das Geld ruhig annehmen. Ob die Russen mit dem Geld letzten Endes doch revolutionäre Absichten verfolgen, wird unter diesen Umständen vollständig gleichgültig.

Satt die britische Regierung auch nur im entferntesten solche Auffassungen, so würde sie mit ihrem hysterischen Geschrei über das russische Geld wohl gar nicht angefangen haben. Deshalb darf man ihr auch gar keinen Glauben schenken, wenn sie, wie der „Manchester Guardian“ angelich einen Unterschied macht zwischen Geld, das von der russischen Regierung kommt und Unterstützungsgeldern, die fremde Arbeiter senden. Lord Birkenhead, der Minister für Indien, sagte allerdings vor einigen Tagen in einer Rede, „daß ein tatsächlicher Unterschied zwischen Beiträgen fremder Staatsbürger zur Milderung der Leiden der Opfer von Arbeitskonflikten und Beiträgen einer fremden Regierung bestehe“. Damit wollte sich jedoch die Regierung nur den Rücken decken, falls sie nicht beweisen kann, daß Geld von der russischen Regierung kam. Aus diesem Grunde macht sie auch in der Note keine direkten Anspielungen. Liegt der Fall so, daß sie auch gegen die Ueberweisung von Geld ist, das zugestandenemmaßen von Arbeitern fremder Länder stammt und zur Unterstützung der englischen Kameraden dienen soll, — was bei den Geldern des F. G. B. außer allem Zweifel steht — so erhält die Sache einen ernsteren Charakter. Denn dann verliert die Regierung in größtmöglicher Weise gegen die individuelle Freiheit ihrer Staatsbürger und gegen die Menschenrechte überhaupt. Tatsache ist nun aber, daß die erste Geldsendung des F. G. B., die erfolgte, als der Generalstreik noch im Gange war, wirklich auf Schwierigkeiten stieß. Es müßte sehr seltsam sein, wenn die britische Regierung mit diesen Schwierigkeiten nichts zu tun gehabt hätte. Denn alle nach Ablauf des Generalstreiks überwiesenen Summen erreichten und erreichten ohne weiteres ihren Bestimmungsort.

Der „Daily Herald“ vom 11. Juni meldet, daß die Regierung in bezug auf ihre Stellungnahme gegenüber den Geldsendungen während des Generalstreikes und nachher noch keine Entscheidungen getroffen habe. Wenn die britische Regierung wirklich einen Unterschied zwischen Regierungsgeldern und Unterstützungsgeldern von Arbeitern fremder Länder machen will, so möge sie vor der ganzen Welt deutlich zum Ausdruck bringen, daß sie an diesem Grundsatz auch im Ernstfall festhalten will!

Die Wählerlisten liegen auf.

Genossen und Genossinnen!

Sorgt überall für einwandfreie Wählerverzeichnisse!

In der Zeit vom 15. bis 22. Juni l. J. liegen in allen Gemeinden die Wählerverzeichnisse in drei Fertigungen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die öffentliche Einsichtnahme ist in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern mindestens durch drei Stunden täglich,

in Gemeinden über 5000 Einwohnern mindestens acht Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden und am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags gestattet.

Wer ist Wähler?

Wähler ist jeder eigenberechtigte tschechoslowakische Staatsbürger beiderlei Geschlechtes, welcher bis 15. Juni 1926 das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit dem 15. März 1926 ununterbrochen in der Gemeinde wohnhaft und auch behördlich angemeldet ist.

Arbeiterwähler und Arbeiterwählerinnen!

Überzeugt Euch, ob Euer Name in dem Wählerverzeichnis eingetragen ist!

Die in der Zeit vom 15. bis 22. Juni l. J. aufliegende und im Reklamationsverfahren richtiggestellte Wählerliste gilt für alle kommenden Wahlen in die gesetzgebenden und öffentlichen Körperschaften.

Wer nicht in die Wählerliste eingetragen ist, verliert sein Wahlrecht!

Weiterer Rückgang der tschechoslowakischen Ausfuhr im Mai.

Wie das Statistische Staatsamt meldet, betrug die Ausfuhr aus der Tschechoslowakischen Republik im Mai 1.219.019.766 Kronen gegen 1.326.263.030 Kronen im Vorjahre, das ist also um mehr als 100 Millionen weniger. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1926 wurden insgesamt Waren im Werte von insgesamt 6.739.174.485 K ausgeführt gegen 7.533.490.716 Kronen in der gleichen Zeit des Vorjahres, also um 800 Millionen Kronen weniger.

Die Genossenschaften in der tschechoslowakischen Republik.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes gab es am 31. Dezember 1925 in der tschechoslowakischen Republik 14.733 Genossenschaften, hiervon 10.910 mit tschechoslowakischer, 3188 mit deutscher, 101 mit russischer, 95 mit polnischer und 439 mit anderer Geschäftssprache. Von allen Genossenschaften waren 6344 Kreditgenossenschaften, von den übrigen Genossenschaften, die sich nicht mit der Vergabe von Kredit befassen, waren 4112 landwirtschaftliche, 1556 gewerbliche, 1401 Bau- und Wohnungsgenossen-

schaften, 1239 Konsumvereine, 17 andere Verbrauchergenossenschaften und 64 gemeinnützige Genossenschaften.

Die Europamägen. Das Vfabüro des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten von Nordamerika teilt mit, daß die Zahl der eingelaufenen Einwanderungsgesuche aus Europa die zulässige Einwanderungsquote um eine Million überschreitet.

Prager Produktbörse. (Offizieller Bericht vom 18. Juni.) Die Produktbörse war heute schwach besucht und das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Die erzielten Abschlässe wurden meistens auf der Grundlage der dienstägigen Preise getätigt. Am Getreidemarkt wird weiter prima Hafer gesucht, ansonsten sind die Haferpreise behauptet. Gerste bleibt geschäftlos und gleichfalls auch Weizen, nachdem die Mühlen in Weizen große Vorräte besitzen. Roggen war ruhig. Etwas fester tendierte Mais. Der Mehlmarkt war ohne Preisänderungen. Angesichts der schlechten Witterung und der zu erwartenden geringeren Ernte hält sich in Futtermitteln Heu sehr fest, demgegenüber wurde Stroh bei ziemlich großem Angebote nicht gefragt. Hülsenfrüchte und der Kolonialmarkt unverändert. Gleichfalls fest, sowohl magarischer als auch amerikanischer, behielt die dienstägigen Preise bei. — Es notierten in K^o: Weizen böhm., Prag 208—220, Roggen böhm., Prag 134—139, Hafer böhm., feuchter, Prag 134—140, Weiskraut böhm. 143—150, Mais jugosl., Preßburg 100; Mais rum., Kleinböhm., Oberberg 117, Mais Cinqquantino, Oberberg 121, Weizen böhm. 11.75—12, Heu böhm., loses, Prag 72.85, Heu gepreßt, Prag 30—33, Fett amer., Teilschen 15.20—15.30, magarischer, Szob 15.30—15.40.

Devisenturie.

Prager Kurse am 18. Juni.

Waren	Werte	Waren	Werte
100 holländische Gulden	1357.12 50	1000 tschechoslowakische Kronen	1363.12 50
100 Reichsmark	804.25.—	1000 tschechoslowakische Kronen	808.25.—
100 belgische Francs	95.30.—	1000 tschechoslowakische Kronen	96.70.—
100 Schweizer Francs	654.25.—	1000 tschechoslowakische Kronen	657.25.—
1 Pfund Sterling	164.15.—	1000 tschechoslowakische Kronen	165.35.—
100 Lire	121.80.—	1000 tschechoslowakische Kronen	123.20.—
1 Dollar	33.70.—	1000 tschechoslowakische Kronen	34.—
100 französische Francs	94.17 50	1000 tschechoslowakische Kronen	95.57 50
100 Dinar	59.75.—	1000 tschechoslowakische Kronen	60.25.—
10.000 magarische Kronen	4.69 25	1000 tschechoslowakische Kronen	4.79 25
100 polnische Zloty	324.50.—	1000 tschechoslowakische Kronen	330.50.—
100 Schilling	477.25.—	1000 tschechoslowakische Kronen	480.25.—

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag halb 8 Uhr abends „Tannhäuser-Parodie“. Sonntag 5 1/2 Uhr „Meistersinger von Nürnberg“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Das Spiel von Tod und Liebe“.

Sonntag „Die Meistersinger“. Das Cochen singt Maria Müller, a. G., den Hans Sachs Michael Bohner a. G. für den erkrankten Richard Kubla wird als Walter Stolzing der englische Tenor von der Londoner Convent-Garden-Oper William Boland gastieren. Anfang 5 1/2 Uhr.

Schauspielaktoren. Die staatliche Schauspielerschule Reherhof in Moskau hat von der Sowjetregierung den Charakter einer Hochschule und die Berechtigung erhalten, den Schülern nach erfolgreicher Abgangsprüfung das Dokortdiplom zu verleihen. Die Einführung des Dokortitels für künstlerische Leistungen, die doch nur höchst subjektiv und unschematisch beurteilt werden können, scheint uns kein revolutionärer Fortschritt, sondern eher eine Ueberbietung bürgerlicher Klassifizierungsmethoden zu sein.

Kolbenhub (d. h. eine nützliche Arbeitslänge für den Hin- und Hergang der Kolben im Zylinder) von 1500 Millimetern. Zum Ausgleich der beim Arbeiten entstehenden großen Temperaturen wurde die Ausdehnungsmöglichkeit für die hierbei am meisten beanspruchten Teile, Zylinder und Laufbuchsen, besonders berücksichtigt.

Bei diesem Dieselmotor ist es sehr wichtig, daß die Verbrennungsgase gründlich durch herein-gepöchte Luft herausgepöcht werden. Erst durch umfassende Versuche wurden die für die Abmessungen der für die Spülluft im Zylinder notwendigen Öffnungen (die „Spülluftschlitze“) erforderlichen Maße gewonnen, daß für die ausreichende Spülung im praktischen Betriebe gesorgt sein dürfte. Die für die Erzeugung der Luft nötigen Pumpen werden elektrisch angetrieben und sind gesondert von der Maschine aufgestellt. Außerdem hat jeder Zylinder eine eigene, mit zwei Kolben arbeitende Treibölspumpe, die abwechselnd beide Zylinderseiten mit Brennstoff versorgt. Daß ausreichende Wasserkühlung und zweckentsprechende Ableitung der Gase vorgesehen ist, erscheint selbstverständlich. Sollten sich im Dauerbetriebe die an diesen Motor geknüpften Hoffnungen erfüllen, so würde sich der Groß-Dieselmotor bei ihren sonstigen bekannten Vorzügen ein neues Arbeitsfeld eröffnen. W. W.

Das Klima als Heilfaktor. In der vom amerikanischen Kurgewerband herausgegebenen Zeitschrift „Hygeia“ hat der amerikanische Klimatologe Dr. Guy Hinndale eine Untersuchung über die Arten des Klimas veröffentlicht, die bei verschiedenen Krankheiten eine gewisse Heilwirkung ausüben. Der wohlthätige Einfluß von Höhenluft auf Lungenerkrankte ist ja allgemein bekannt, doch ist von besonderem Interesse, daß auch Kälte keineswegs, wie man früher annahm, schädlich ist, weil sie den Appetit anregt, was gerade für Tuberkulose sehr wichtig ist. Eine sandige Gegend mit viel Sonnenschein und ohne kalte Winde, die den dauernden Aufenthalt im Freien begünstigt, eignet sich am besten für Personen, die an einer chronischen Nierenkrankheit leiden. Bei Herzleiden ist der Aufenthalt an einem wenig bewohnten Orte, wo nichts wächst, was Blütenstaub hervorbringt, eine ausgezeichnete Heilwirkung aus. Herzleidenden ist im allgemeinen davon abzuraten, hochgelegene Gegenden aufzusuchen. Für Nervenranke ist ein gelegentlicher Klimawechsel zu empfehlen. Der Aufenthalt an der Seelküste ist oft vorteilhaft für Personen, die an Luftströmungskrankheiten leiden und für solche, die sich von der Grippe erholen wollen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Bazar.

Eucere Verköhlung

verschwindet, jedoch ist dieselbe nicht erst abzuwarten, sondern derselben durch Verwendung eines guten Mittels vorzubeugen. Ihr Körper härtet ab, Ihr Verweil gegen jede Verköhlung widerstandsfähig durch täglichen Gebrauch des vorzüglichen

MENTHOL-FRANZBRANTWEINES

ALPA

Hütet Euch, andere Marke zu kaufen, da Sie keine so wirkungsvolle Marke bekommen. Für Ihr Geld haben Sie das Anrecht auf die ursprüngliche vollwertige Marke Original!

ALPA

Überall erhältlich! — Preis K^o 5.—

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse
hehlt im Golde Eurer

Ausbeuter

In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe Prag. Heute Samstag, 19. Juni, nachm. 5 Uhr, im Arbeiterverein Versammlung. Tagesordnung: Hochschulangelegenheiten.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Wienfahrer, Achtung!

Die genauen Abfahrtszeiten der einzelnen Züge werden Mitte nächster Woche bekanntgegeben. Die Hauptpartie fährt am 3. 7., etwa 500 Teilnehmer am 8. 7.

Herausgeber Dr. Ludwig Ezech.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.

Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.

Für den Druck verantwortlich: D. Polzl.

Gesamteilnehmerzahl des Bundes 2900, Wettkämpfer 80, 400 Freiwüchtlerturner Sondervorführung und 200 Turnerinnen Sondervorführung. Außerdem eine Anzahl Spielmannschaften.

Wichtig. Der Regiebeitrag von 10 K deckt die Kosten der Vorarbeiten, 3 K sind Versicherung. Festausweise: Wer den Festbeitrag von 20 bzw. 30 Kronen nicht einfordert, erhält keinen Festausweis und keine Legitimationskarte. Ohne diese gibt es kein Passieren der Grenze.

Zutritt zu den Massenquartieren nur mit der grünen Festkarte zu 30 K.

Die rosa Festkarte zu 20 K gibt kein Recht zur Benützung der Quartiere. Dies wird von den Wiener Genossen streng gehandhabt. Jeder Wiewschler erhält in den nächsten Tagen ein Merkblatt, über Ausrüstung, Kleidung, Verhalten usw.

Die Festausweise und Legitimationskarten werden Ende nächster Woche durch die Bezirke zugestellt. Das Bundesmitgliedsbuch muß vollständig in Ordnung sein. Frei Sell!

Der Bundesvorstand.

Bundes-Sporttag der Arbeiter-Turner. Bundes-sportliche Wettkämpfe in Leichtathletik, Schwimmen, Mannschaftskämpfen, Turn- und Fußballspielen finden am 28. und 29. August 1926 in Raaden statt. Die gesamte Arbeiterchaft ist hierzu höflich eingeladen. Mit Frei Sell! Der technische Hauptausfüh. Der Bundesvorstand.

II. Tschechoslowakische Arbeiter-Olympiade Prag 1927. Für dieses große Turn- und Sportfest des Verbandes der tschechoslowakischen Arbeiter-Turnvereine ist folgendes Programm vorgesehen: Samstag, den 2. Juli 1927, Wettkämpfe und Aufstehen der Kreise. Sonntag, den 3. Juli, Freiwüchtlerturnen der Männer und Frauen, Sondervorführungen der Gaste, Festgymnastik. Montag, den 4. und Dienstag, den 5. Juli, Freiwüchtlerturnen der Jünglinge, Fortsetzung und Schluß der Wettkämpfe. Übungen der Kreise und Stautabteilungen. Mittwoch, den 6. Juli, vormittags, Festzug durch die Stadt Prag, nachmittags Freiwüchtlerturnen der Mitgliedschaft und der Jünglinge und Festgymnastik. Das sportliche Programm umfaßt sämtliche Arten der Leichtathletik, an denen die Frauen und Männer des Verbandes und des Auslandes als Kämpfer teilnehmen werden.

Dank.

Für die uns anlässlich des Ablebens unserer inniggeliebten, unvergesslichen

Oswald Hillebrand

zugewandten Beileidskundgebungen, aufgerstanden jedem einzeln zu danken, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Vor allem danken wir dem Parteivorstande, dem Klub der Abgeordneten und Senatoren, der Kreis- und Bezirksorganisation Karlsbad der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, den Rednern für ihre herzlichen Abschiedsworte, den vielen Delegationen der verschiedenen Organisationen der Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, den Turn- und Sportvereinen, den Arbeiterjüngern, sowie auch den Delegationen der fremden Parteien, Behörden usw., den Spendern von Kränzen und Blumen, sowie all den vielen Genossen, Genossinnen und Teilnehmern, die unserem teuren Toten auf seinem letzten Wege das Geleit gegeben haben.

Auch den ihn behandelnden Ärzten Gen. Dr. Oscar Simon sowie Herrn Prof. Dr. Oscar Fischer (Prag) und den übrigen Herren Sanatorium-Ärzten danken wir für die dem uns teuren Verstorbenen gewidmete Pflege und liebevolle Behandlung.

Nicht zuletzt herzlichst gedankt sei allen lieben Freunden und Genossen, insbesondere den Genossen Dr. Ezech und Gen. Taub für die vielen Besuche, die die letzten Stunden des Verstorbenen verschönten.

Nochmals allen herzlichsten

Dank.

Julie Hoff-Hillebrand

4197 im Namen aller Anverwandten.

Karlsbad, im Juni 1926.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.

Gezuckerdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Gess- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relatormaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 903